

Stand: 22.10.2024 21:14:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/416

"Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden jetzt! - Staatsregierung muss sofort handeln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/416 vom 07.02.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/1517 des VF vom 29.02.2024
3. Beschluss des Plenums 19/1830 vom 17.04.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 17.04.2024



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Julia Post, Toni Schuberl, Stephanie Schuhknecht, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Laura Weber, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden jetzt! – Staatsregierung muss sofort handeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag steht solidarisch an der Seite der Jesidinnen und Jesiden, die infolge des Völkermordes und der Gräueltaten der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) ab dem Jahre 2014 unvorstellbares Leid erfahren haben.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich die Anerkennung der Verbrechen des IS an den Jesidinnen und Jesiden als Genozid vonseiten des Bundestags am 19.01.2023 und verurteilt die Gräueltaten des IS an den Jesidinnen und Jesiden.

Der Landtag unterstützt sowohl die Wiederaufbaumaßnahmen im Irak in der Region Sinjar, die den Hunderttausenden Vertriebenen, die nach wie vor in unzumutbaren Zuständen in Camps leben, eine Chance auf Rückkehr in ihre Heimatregionen geben sollen, als auch die Jesidinnen und Jesiden, die im Zuge der Vertreibung Schutz in Deutschland gefunden haben.

Der Landtag ist sich der Verantwortung bewusst, die mit der Anerkennung des Völkermordes an den Jesidinnen und Jesiden einhergeht und setzt sich deshalb weiterhin für ihren besonderen Schutz, sofern sie nicht als Straftäter oder Gefährder auffällig geworden sind – sowohl in ihren Herkunftsregionen als auch in Deutschland –, ein.

Der Landtag steht nach wie vor hinter dem Beschluss des Bundestags vom 19.01.2023, in dem die Rückkehr der Jesidinnen und Jesiden aufgrund der „hoch volatilen Sicherheitslage, die noch immer in Sinjar vorherrscht“, als aussichtslos festgehalten wird.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Anerkennung des Völkermordes an den Jesidinnen und Jesiden als eine besondere Verantwortung für diese Gruppe zu behandeln,
- die Möglichkeiten eines Bundeslandes auszuschöpfen und auf Grundlage von § 60a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) einen sofortigen Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden zu erlassen. Dieser soll aufgrund der volatilen Lage für die Glaubensgemeinschaft im Irak auf unbestimmte Zeit ausgelegt werden.

Begründung:

Der Bundestag hat am 19.01.2023 einen gemeinsamen Antrag (vgl. BT-Drs. 20/5228) der Ampelfraktionen und der CDU/CSU-Fraktion beschlossen, der die Verbrechen der Terrororganisation IS an den Jesidinnen und Jesiden im Jahr 2014 als Völkermord anerkennt.

Die 2014 vom IS auf irakischem Territorium begangenen Gewalttaten sind – im Sinne des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes der Vereinten Nationen – als Genozid einzustufen. Tausende Angehörige der religiösen Minderheit der Jesidinnen und Jesiden wurden durch den IS verschleppt, vergewaltigt, versklavt und ermordet. Etliche werden nach wie vor vermisst. Tausende Menschen wurden aus der Region Sinjar im Irak vertrieben oder flohen vor den Gräueltaten des IS vorwiegend in benachbarte Regionen, Länder oder nach Europa.

Vor dem Hintergrund des Völkermordes an den Jesidinnen und Jesiden hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ab 2014 eine sogenannte „Gruppenverfolgung“ der Jesidinnen und Jesiden aus dem Nordirak festgestellt. Auf diese Weise genügte die bloße Zugehörigkeit zu dieser religiösen Gruppe zur Feststellung des Flüchtlingsstatus oder der Asylberechtigung.

Diese Gruppenverfolgung wurde angesichts der von der Bundesregierung vermuteten Verbesserung der Sicherheitslage in Irak ab Ende des Jahres 2017 nicht mehr angenommen.

Entscheidungen zu jesidischen Geflüchteten werden seitdem im Rahmen einer Einzelfallentscheidung anhand der aktuellen Situation im Irak und der vorhandenen Erkenntnisse zur individuellen Person getroffen (vgl. BT-Drs. 20/5850).

Während das BAMF fast alle Jesidinnen und Jesiden aus Syrien weiter als schutzbedürftig einstuft, geht die Anerkennung für Jesidinnen und Jesiden aus Irak den Zahlen zufolge seit Jahren zurück. Grund dafür ist, dass der IS dort, nach Einschätzung des BAMF, seitdem nicht mehr die Macht ausübt. Konkret zeigt sich das an der Anerkennungsquote: Erhielten 2017 noch 91,8 Prozent der Irakischen Jesidinnen und Jesiden einen Schutzstatus, waren es 2022 nur noch 48,6 Prozent.

Gleichzeitig stellt das BAMF aber fest „Für jesidische Religionszugehörige aus dem Irak gilt jedoch unabhängig von der Herkunftsregion und damit unabhängig vom Vorliegen einer Sachlagenänderung, dass die Voraussetzungen für die Anwendung des § 73 Abs. 3 des Asylgesetzes (AsylG; Widerruf und Rücknahme) (seit 01.01.2023 gültige Fassung des AsylG) grundsätzlich erfüllt sind. Dieser Personengruppe ist es – ungeachtet veränderter Verhältnisse – nicht zumutbar, in den früheren Verfolgerstaat zurückzukehren. Die Unzumutbarkeit der Rückkehr ist mit dem vom sog. Islamischen Staat (IS) verübten Völkermord an den Jesiden begründet.“ (BT-Drs. 20/5850 S. 11, 02.03.2023)

Das Auswärtige Amt warnt ferner vor Reisen in den Irak (Stand: 14.11.2023):

„Vor Reisen nach Irak wird mit Ausnahme der Region Kurdistan-Irak gewarnt. Von nicht erforderlichen Reisen in die Region Kurdistan-Irak wird aufgrund der instabilen Sicherheitslage abgeraten.“ Jesidinnen und Jesiden leben in der Region Sinjar in Camps und unter massiven Einschränkungen. Im gesamten Land werden sie noch immer gebrandmarkt und benachteiligt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/416

Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden jetzt! - Staatsregierung muss sofort handeln

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Gülseren Demirel**
Mitberichterstatler: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 29. Februar 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Julia Post, Toni Schuberl, Stephanie Schuhknecht, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Laura Weber, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/416, 19/1517

Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden jetzt! – Staatsregierung muss sofort handeln

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über die Listennummer 5 der Anlage zur Tagesordnung, den Antrag von Abgeordneten der SPD betreffend "Kostenloses Mittagessen: Von bayerischen Landwirten für bayerische Kita- und Schulkinder", Drucksache 19/392, gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass im Satz 1 die Wörter "zu prüfen" durch die Wörter "dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus zu berichten" ersetzt werden.

Wer dem Antrag auf Drucksache 19/392 mit der empfohlenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist dem Antrag in der geänderten Fassung zugestimmt worden.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Queerfeindliche Sexualaufklärung an bayerischen Schulen beenden!
 Drs. 19/353, 19/1515 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Alternativstandorte für die Erstaufnahme von Geflüchteten in Oberfranken
 Drs. 19/354, 19/1516 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Statt unausgegorener Ankündigungen –
Angebot des Vorkurses „Deutsch 240“ sichern
Drs. 19/374, 19/1524 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bürgerwillen respektieren: Nein zum Windpark in Altötting, stattdessen
Entlastung und günstige Energie für das bayerische Chemiedreieck!
Drs. 19/388, 19/1519 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Kostenloses Mittagessen: Von bayerischen Landwirten
für bayerische Kita- und Schulkinder
Drs. 19/392, 19/1527 (ENTH)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden jetzt! –
Staatsregierung muss sofort handeln
Drs. 19/416, 19/1517 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag des Abgeordneten Bernhard Seidenath CSU
 Rasenschnitt künftig in NaWaRo-Biogasanlagen verwerten
 Drs. 19/470, 19/1520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
 Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon,
 Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
 Reale Welt erleben statt digitale Isolation –
 Mediennutzung in Kindertagesstätten reduzieren
 Drs. 19/483, 19/1525 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Oskar Lipp,
 Ralf Stadler und Fraktion (AfD)
 Kosten für Tierwohl gerecht verteilen
 Drs. 19/485, 19/1528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
 Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Für eine flächendeckende und zuverlässigere Versorgung
 mit Telefon und schnellem Internet!
 Drs. 19/493, 19/1521 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
 Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Leistung muss sich wieder lohnen: Überstunden von der Einkommensteuer befreien und „kalte Progression“ abschaffen!
Drs. 19/494, 19/1514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen –
Maßnahmen zum Schutz von Frauen unverzüglich umsetzen
Drs. 19/496, 19/1526 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Handwerk stärken – Mittelstand fördern:
Fördermaßnahmen in Umbruchzeiten
Drs. 19/498, 19/1522 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Antrag auf Anhörung zur Beschleunigung der Energiewende im Strombereich
Drs. 19/499, 19/1523 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
Drs. 19/725, 19/1518 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>